Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 281. Sonnabend, 3. Dezember 1927, abends. 80. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Pilsudski-Erklärung.

Uebereinstimmend berichten alle Mitteilungen aus Genf, daß die Erklärung, die Marschall Pilsudski einem Warschauer Pressebüro gab, in den offiziellen Kreisen des Völkerbundes die allergrößte Aufregung ausgelöst hat. Wenn man sich die Mühe macht, den Wortlaut der Kundgebung Pilsudskis nachzuprüfen, so wird man rasch zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß es sich hier nicht um eine harmlose Presse-Information handelt, sondern um eine klare und sehr bestimmt gehaltene Erklärung eines offiziellen Staatslenkers an die Adresse des Völkerbundes. In seiner letzten Rundnote an die Mächte hat Polen die Versicherung abgegeben, daß die Politik Warschaus darauf bedacht sein werde, den augenblicklichen status quo im Osten zu wahren, daß sie insbesondere nicht beabsichtige, durch eine militärische Aktion die durch den Völkerbund gewährleistete Selbstständigkeit Litauens anzutasten. Ausdrücklich betont wurde in dieser Note, daß es Warschau „im Interesse des Friedens" nur daran läge, den seit langem bestehenden offenen Kriegszustand mit Litauen beendigt zu sehen, welches Ziel nur durch eine energische Stellungnahme des Völkerbundrates erreicht werden könnte. Diese Note Warschaus berührte durch ihre Mäßigung höchst angenehm und berechtigte zu der Hoffnung, daß der in den letzten Wochen so akut gewordene litauisch-polnische Konflikt durch die bevorstehende Aussprache in Genf bereinigt werden könnte. Im Zusammenhang mit dieser polnischen Note bemühten sich einige Großmächte schon vor der Genfer Ratstagung, einen vermittelnden Vorschlag auszuarbeiten, der unter Wahrung der polnischen und litauischen Rechtsstandpunkte zur Wilna-Frage die Möglichkeit einer Beseitigung des latenten Kriegszustandes zwischen Kowno und Warschau gegeben hätte. Angesichts der Warschauer friedlichen Versicherungen und der Mäßigung, die sich Kowno in den letzten Tagen sichtlich auferlegte, stand zu erwarten, daß dieser so gefährliche Konfliktstoff des Ostens durch die gütliche Aussprache innerhalb des Völkerbundrates aus der Welt geschafft werden könnte.

Die Pilsudski-Erklärung in Warschau, die als eine ganz bewußte und planmäßige Kundgebung der Warschauer Regierung zu werten ist, hat alle diese Hoffnungen stark abgekühlt. In seinem Interview betonte der polnische Marschall ausdrücklich, daß er die Mobilisierung gegen Litauen nur so lange aufgeschoben habe, bis er die Antwort des Rates auf die letzte Rundnote Polens erhalten haben werde. Diese Erklärung Pilsudskis steht unbedingt in einem scharfen Gegensatz zu den friedlichen Versicherungen der vor kaum einer Woche ausgegebenen polnischen Rundnote. In dieser Rundnote wurden militärische Vorbereitungen abgeleugnet, ebenso strikt abgeleugnet wurde jede Absicht Warschaus, den Konflikt zu verschärfen. Da jetzt Pilsudski in seiner letzten Kundgebung erklärt, daß die Mobilisierung nur „aufgeschoben" sei, so spricht dies im Gegensatz zu den Versicherungen der polnischen Note dafür, daß zum mindesten in Warschau die Notwendigkeit ins Auge gefaßt wurde, in Litauen einzumarschieren, da erfahrungsgemäß einer Mobilisierung auch eine tatsächliche militärische Aktion zu folgen pflegt. Aus der Kundgebung Pilsudskis läßt sich aber auch ein weiteres Moment herauslesen. Er sagt, daß Warschau die Mobilisierung aufgeschoben habe, so lange, bis eine Antwort des Völkerbundes vorhanden sei. Daraus hat man zu schließen, daß Pilsudski in dem Augenblick, wo Genf nicht den polnischen Wünschen und Forderungen Rechnung trägt, die Mobilisierungs-Ordre unterzeichnet wird. Somit hat man die Erklärungen des Marschalls als ein Ultimatum an den Völkerbund anzusprechen.

Diese auf so unglaubliche Weise den Völkerbund brüskierende Haltung Warschaus ist so etwas wie eine Ehrenrettung der russischen Warnungen. Man war in den Kreisen der Welt-Diplomatie in den letzten Wochen vielfach geneigt, den Moskauer Warnruf als übertrieben zu bezeichnen. Das Vorgehen Pilsudskis, seine ultimative Forderung an den Völkerbund dürften nun auch den größten Skeptiker davon überzeugen, daß die russischen Befürchtungen über die Pläne Warschaus höchst berechtigt waren. Im übrigen kann die polnische Brüskierung den Völkerbund kaum überraschen. Sie ist kein Präzedenzfall. Der Handstreich des polnischen Generals Zeligowski und die Besitzergreifung Wilnas durch Polen im Jahre 1921 sind keine minderen Verletzungen der Völkerbundspflichten durch Polen, als ein plötzlicher Einmarsch der Truppen Pilsudskis in Litauen in diesem Augenblick es wäre. Wenn Polen damals sich nicht scheute, eine der strengsten Verpflichtungen aus seiner Mitgliedschaft zum Völkerbund zu verletzen, so spricht das dafür, daß es auch heute keine Scheu tragen würde, ein Gleiches zu tun. In seiner Erklärung hat der polnische Marschall den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras einen „Wahnsinnigen und Unzurechnungsfähigen" gescholten. Nach einer solchen Diagnose des Geisteszustandes eines Woldemaras könnte sich unseres Erachtens Herr Pilsudski in Genf mit diesem „geisteskranken" litauischen Ministerpräsidenten nicht an den Verhandlungstisch setzen. Man könnte daher gut glauben, daß Herr Pilsudski, als er diese klobige Charakterzeichnung seines Gegners machte, von gewissen Vorbereitungen zu einem innerpolitischen litauischen Putsch unterrichtet war, überzeugt war, daß Woldemaras bereits gestürzt wäre, wenn er in Genf eintreffen sollte, woraus die Notwendigkeit einer Verhandlung mit dem „Wahnsinnigen" behoben wäre. Da alle diese Vermutungen aus den Zeilen der Pilsudski-Erklärung herauszulesen sind, so ist die Aufregung innerhalb der Völkerbundkreise nur zu verständlich.

Fortgang der Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Auch ein sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung.

Deutscher Reichstag.

• Berlin. **Im Verlaufe der gestrigen Reichstagssitzung, in der die Aussprache über die sozialdemokratische Wirtschaftsinterpellation fortgesetzt wurde, brachten die Sozialdemokraten einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung ein. Die Abstimmung über diesen Antrag wird erst am kommenden Dienstag erfolgen, sie wird namentlich sein.**

Berlin, 2. Dezember.

Ohne Aussprache wird zunächst der Entwurf eines

Kraftfahrzeugsteuergesetzes

dem Steuer-Ausschuß überwiesen.

Dann wird die

Aussprache über die Wirtschafts-Interpellation

der Sozialdemokraten fortgesetzt.

Abg. Lammers (Str.)

stellt fest, daß **heute bereits der Produktionsumfang der Vorkriegszeit in Deutschland wieder erreicht sei.** Von der Kapitalseite her betrachtet sei es freilich anders. Darum könne auf Auslandsanleihen noch nicht verzichtet werden. Die Einfuhr von Lebensmitteln sei noch erschreckend groß. Das sei auch die Ursache der Passivität unserer Handelsbilanz. Die Wirtschafts-Enquete habe jetzt schon den bedenklichen Zustand der landwirtschaftlichen Produktion beleuchtet. **Mit Zöllen allein könne hier nicht geholfen werden, dauernde Besserung sei nur durch Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität zu schaffen.** Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz habe klar gezeigt, wie gefährlich heute irgendwelche neuen Maßnahmen wirken, die in der Richtung eines verstärkten Protektionismus liegen. Wenn der Preis-Index gleichzeitig mit dem Lohn-Index soweit steigt, daß wir auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig werden, so ist das Katastrophenpolitik. **Heute schon fürchten weite Kreise eine neue Inflation und sie werden von Interessenten darin bestärkt und ermahnt, „Sachwerte" zu kaufen. Wer diese Psychose fördert, müßte als Landesverräter ins Gefängnis gesteckt werden.** (Beifall.)

Wir stehen jetzt aber vor dem ernsten Zeitpunkt, wo jede weitere Steigerung des Preisniveaus zu den schwersten Rückschlägen für unsere Wirtschaft führen muß. Man darf das Schlagwort von der Rationalisierung nicht in dem Sinne anwenden, als wenn damit ohne weiteres ein Mehrgewinn verbunden sei. **Wir brauchen neben den Kartellen ein selbständiges mittelständlerisches Unternehmertum.** Für diese Schichten müssen die Genossenschaften die Aufgabe der Rationalisierung und Produktionsförderung übernehmen, die sonst den Kartellen obliegt. Notwendig ist ein enges Zusammenarbeiten des Ministers mit den leitenden Männern der Wirtschaft. Die gegenwärtige Kartellverflechtung kann Deutschland auf die Dauer nicht ertragen, wenn nicht ihre klare Zielrichtung die Produktionsförderung ist. Läßt sich das nicht auf natürlichem Wege erreichen, dann wäre es allerdings Aufgabe des Staates, in diese Dinge einzugreifen. Dabei sollten aber zunächst alle Zwangsmethoden möglichst unterlassen werden. Das Kartellgericht ist als Sondergericht ohne Berufungsmöglichkeit keine vorbildliche Einrichtung. **Bei den Auslandskrediten der Gemeinden sollte man den Rahmen der produktiven Verwendung nicht zu eng ziehen,** aber vor allem prüfen, ob die Ausgaben nicht aus anderen Etatsmitteln der Gemeinde gedeckt werden könnten. Diskurse, wie sie mit dem Reparationsagenten schon seit längerer Zeit eingetreten sind, sind eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. (Sehr wahr!)

Besonders schädlich wirken mußte die **öffentliche Diskussion,** die sich an diese Dinge geknüpft hat. Soweit verantwortliche Männer an diesem öffentlichen Streit beteiligt sind, muß man sagen: Wenn ihr es nicht fertig bringt, in einer ganz engen Korporation eure Gegensätze nicht auszugleichen, dann erfüllt ihr eure Pflicht und Schuldigkeit nicht. (Lebhafte Zustimmung.) **Die Diskussion hat in Deutschland Formen angenommen, daß eine Reichsregierung mit Nachdruck alle Mittel dagegen anwenden mußte.** (Beifall.)

Der Redner geht dann auf das **Wesen der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften** ein und bedauert unter Hinweis auf die letzte Tabakarbeiteraussperrung, daß **der Schematismus in diesen Organisationen vielfach wirtschaftliche Erschütterungen hervorrufe, die durch eine rechtzeitige Aussprache meist vermieden werden könnten.** (Beifall.)

Abg. Dauch (DVP.)

weist darauf hin, welch große Leistung die deutsche Privatwirtschaft durch die Einstellung von über 1½ Millionen Erwerbslosen vollbracht habe und daß zu **einem ausgesprochenen Pessimismus keine Veranlassung vorliege.** Von privatwirtschaftlicher Seite sei keine Gefahr zu erwarten, höchstens von finanzpolitischer Seite, besonders von der Finanzpolitik der öffentlichen Hand.

Der Redner bespricht dann die **Denkschrift des Reparationsagenten** und stellt fest, daß **der Dawesplan keineswegs so funktioniere, wie die Sachverständigen angenommen hätten.** Durchaus falsch sei es, die Einlagen bei den Sparkassen und Kreditinstituten als tatsächlichen Zuwachs an unserem Volksvermögen zu betrachten. Die **Verschuldung an das Ausland werde nicht genügend beachtet.** Der Redner betont die **Notwendigkeit der Kapitalneubildung,** die nur durch Beschränkung der Ausgaben und Aufgaben der öffentlichen Hand zu erreichen sei. Er tritt besonders für den Schutz des Mittelstandes ein, der unter der heutigen Steuerbelastung zum Ruin geführt werde. In der **sozialen Gesetzgebung** müsse eine Atempause eintreten. Auch bezüglich der **Lohnpolitik** sollte man augenblicklich besser etwas auf der Stelle treten. **Bezüglich der Gemeinden müsse man sich vor Verallgemeinerungen hüten.** Zweifellos lebe **aber ein großer Teil der Gemeinden über ihre Verhältnisse.** Der Redner appelliert an das Pflichtgefühl aller Verantwortlichen und warnt vor unverantwortlicher Agitation. Man müsse dem Irrglauben entgegen treten, daß wir ein reiches Volk wären. Es gebe kein anderes Mittel, um auf die Höhe zu kommen; **als fleißige Arbeit und eiserne Sparsamkeit.**

Abg. Dr. Dernburg (Dem.)

weist darauf hin, daß der fatale Eindruck und die fühlbare Erschütterung des deutschen Gesamtkredits im Auslande erfreulicherweise **bereits wieder** in der Abnahme begriffen seien. Für die Zukunft müßten derartige Erschütterungen vermieden werden. **Bei Besprechung des Briefes des Reparationsagenten** stellt der Redner fest, daß das Maß der inneren Ueberwachung Deutschlands auf die ausdrücklichen Vorschriften des Dawesplanes beschränkt sei. Auf Grund des Planes müsse man die durch den Brief stattgefundene Einwirkung als ausgeschlossen ansehen. Eine übersharfe Ausdeutung des Planes diene nicht der Wiedererweckung des Vertrauens. Der Redner bringt im übrigen die weitgehende Zustimmung seiner Fraktion gegenüber den einzelnen Bemerkungen des Reparationsagenten zum Ausdruck. **Nur durch ein loyales Zusammenwirken Deutschlands mit seinen Gläubigern könnten die Schwierigkeiten gelöst werden.**

Der Redner betont, daß **Luxusbauten immer noch zweckmäßiger seien, als die zahllosen Erwerbslosen mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln auf der Gasse zu lassen.** Im übrigen seien die deutschen Städteanleihen so gut, daß Zweifel nicht berechtigt seien. Der Redner bedauert, daß die Reichsregierung auf die Wirtschaft bei ihrer **Steuer- und Sozialgesetzgebung** nicht die notwendige Rücksicht nehme. Die Forderung nach dem dezentralisierten deutschen Einheitsstaat müsse an die Spitze gestellt werden. Der Redner schließt mit der Feststellung, daß Deutschland seinen äußeren Verpflichtungen in vollem Maße des möglichen nachkommen werde. Alle Zweifel würden an dem guten Ruf der deutschen Wirtschaft für Vertragstreue und Tüchtigkeit zerschellen.

Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten.

Von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingegangen.

Abg. Koenen (Komm.)

erklärt, die Politik der Unternehmer und die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung habe zu einer wachsenden Radikalisierung der Arbeitermassen geführt. Der Dresdner Eisenbahnerstreik sei ein Beispiel dafür. Die Welle der Radikalisierung werde über die Sozialdemokratie hinweggehen und den kommunistischen Einfluß weiter stärken.

Abg. Dr. Bredt (W. Vgg.)

nennt es eines der **schlimmsten Momente** der deutschen Außenpolitik, daß der **Reparationsagent mit seinem Memorandum in die deutsche Wirtschaft hineinreden konnte.** In dem Streit zwischen dem Reichsbankpräsidenten und dem Präsidenten des Städtetages stehe die Wirtschaftspartei ganz auf dem Standpunkt des Reichsbankpräsidenten. Die Länder und Gemeinden seien in ihren Aufgaben weit über das Bedürfnis hinausgegangen. In dem durch den Krieg verarmten Deutschland sei es nicht zu verantworten, wenn sich alle möglichen Städte ein kostspieliges Planetarium anschaffen. **Der Aufgabenkreis der Kommunen sei zu weit gespannt. Das Gemeindesteuerwesen bedürfe einer gründlichen Reform.** Eine bessere Aufsicht über die kommunale Finanzwirtschaft sei unentbehrlich. Die Zinslast der kommunalen Auslandsanleihen liege einseitig auf den Schultern der Hausbesitzer und Gewerbetreibenden. **In der Verwaltung des Reiches, der Länder und der Gemeinden müsse endlich rücksichtslose Sparsamkeit geübt werden.**

Die Weiterberatung wird um 19¾ Uhr auf Sonnabend 13 Uhr vertagt.

Die Besoldungsreform.

)(Berlin. In den Verhandlungen über die Besoldungsreform-Vorlage der Reichsregierung sind **die letzthin aufgetauchten Schwierigkeiten noch nicht beseitigt.** Vom Zentrum wird laut Germania darauf hingewirkt, daß die Schwierigkeiten im Einvernehmen mit Preußen ausgeräumt werden, damit die Vorlage baldigst verabschiedet werden kann. Es hat infolgedessen gestern eine Aussprache zwischen dem Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages, den Führern der preußischen Landtagsfraktion sowie den Zentrumsministern in Preußen stattgefunden.

SLUB
Wir führen Wissen.